

28.11.2014, 21:39 Uhr

Kantonsratskommission sagt Nein

Gegenwind für Wohnbauvorlage

28.11.2014, 21:39 Uhr

ak. Die Kommission für Planung und Bau lehnt die Volksinitiative «Bezahlbar wohnen im Kanton Zürich» mehrheitlich ab. Sie stellt sich jedoch, nach ein paar Modifikationen, hinter den Gegenvorschlag des Regierungsrats. Die Initiative des Verbands Wohnbaugenossenschaften verlangt eine deutlich stärkere Förderung des gemeinnützigen Wohnens durch den Kanton. So soll ein Fonds mit jährlich rund 45 Millionen Franken geäufnet werden, aus dem Darlehen und Abschreibungsbeiträge für den Bau günstiger Wohnungen gesprochen werden können. Ausserdem möchten die Initianten den Kanton verpflichten, geeignete Liegenschaften für den Bau von preisgünstigen Wohnungen an Genossenschaften zu verkaufen – zu «tragbaren Preisen». Den Gemeinden solle ausserdem ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden.

Fonds von Gemeinden

Schon der Regierungsrat hatte die Initiative abgelehnt, mit der Begründung, er wolle bei seiner bewährten Förderung von Wohnungen für die untersten Einkommenskategorien bleiben. Er lancierte aber einen Gegenvorschlag, in dem den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden soll, einen entsprechenden Fonds zu äufnen und daraus Unterstützungsbeiträge auszuzahlen.

Die Kommission lehnt die Initiative nun ebenfalls ab. Sie befürchtet, dass durch den Bau günstiger Wohnungen die Preise für nicht-subventionierte Wohnungen steigen könnten, wie es in einer Mitteilung heisst. Zudem sei die Förderung angesichts der angespannten Finanzlage nicht ohne Abstriche in anderen Bereichen zu haben. Die Minderheit der Kommission stellt sich hinter die Initiative, die sie als geeignetes Mittel sieht, für Leute mit kleinem und mittlerem Einkommen Wohnraum zu schaffen. Die Belastung des Haushalts sei nicht sehr gross, weil der Kanton ja nur Darlehen gewähren soll.

Im Grundsatz stellt sich die Kommission hinter den Gegenvorschlag des Regierungsrats und die Schaffung von kommunalen Fonds. Eine Mehrheit findet es allerdings, anders als der Regierungsrat, überflüssig, die Bereitstellung von preisgünstigen Mietwohnungen als «wesentliches öffentliches Interesse» festzuschreiben. Dies sei nach dem Ja des Stimmvolks zur Wohnbauvorlage vom 28. September nicht mehr nötig. Bei dieser Abstimmung ging es darum, den Gemeinden bei Auf- und Einzonungen die Schaffung von Zonen für preisgünstiges Wohnen zu ermöglichen. Der Ja-Anteil betrug für diese Vorlage gut 58 Prozent.

Initianten sind enttäuscht

In einer Medienmitteilung zeigt sich der Verband Wohnbaugenossenschaften Zürich enttäuscht über den Entscheid. Man sei erstaunt, dass die Sorgen und Nöte der Bevölkerung, wie sie zu zahlbarem Wohnraum kommen sollen, nicht ernst genommen würden. Das Abstimmungs-Ja vom September sei doch eigentlich ein deutliches Zeichen gewesen. Die mögliche Schaffung von kommunalen Fonds betrachtet der Verband immerhin als «Lichtblick am Horizont». Der Vorschlag werde nun eingehend studiert und diskutiert, bevor man über die weiteren Schritte entscheide, heisst es sinngemäss im Communiqué der Genossenschaften.

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.